

Sperrfrist Redebeginn!
Es gilt das gesprochene Wort

Christopher Vogt, MdL
Vorsitzender

Anita Klahn, MdL
Stellvertretende Vorsitzende

Oliver Kumbartzky, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Nr. 059/2019
Kiel, Mittwoch, 13. Februar 2019

Aktuelle Stunde/ Online-
Glücksspiel

Christopher Vogt zu TOP 1 „Aktuelle Stunde zum Online-Glücksspiel“

In seiner Rede zu TOP 1 (Aktuelle Stunde zum Online-Glücksspiel) erklärt der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, Christopher Vogt:

„Der Oppositionsführer hat die Regierung aufgefordert, hier heute zu erklären, welche Glücksspielpolitik sie in Zukunft betreiben will. Dem kommt die Regierung – wie auch meine Fraktion als Teil der Koalition – zum wiederholten Male sehr gern nach. Wir haben in unserem Koalitionsvertrag bereits sehr deutlich gemacht, wohin die Reise gehen wird und auch schon sehr früh nach der Regierungsübernahme hier im Parlament mit großer Mehrheit einen entsprechenden Beschluss gefasst. Das war bereits im September 2017. Wir haben eine Annahme des damaligen Glücksspieländerungsstaatsvertrags ausgeschlossen und die Leitplanken für eine neue Glücksspielpolitik definiert. Da dies bei der SPD-Fraktion irgendwie schon wieder in Vergessenheit geraten scheint, wiederhole ich diese Leitplanken, zu denen sich meine Fraktion nach wie vor uneingeschränkt bekennt, gern noch einmal:

1. Das Lotteriemonopol der Länder soll erhalten bleiben.
2. Das Totalverbot des Online-Casinospiels im jetzigen Glücksspielstaatsvertrag wird aufgehoben.
3. Konzessionen werden nicht nach starren Obergrenzen vergeben. Maßgeblich sind für uns die Ziele des Spieler- und Jugendschutzes, die Bekämpfung des Schwarzmarktes sowie die Bekämpfung der Spielsucht. Also qualitative Ziele und nicht quantitative sollen darüber entscheiden, ob ein Anbieter eine Konzession erhält oder nicht.

Mit anderen Worten kann man sagen: Tragfähig, europarechtskonform, transparent und an einem effektiven Jugend- und Spielerschutz orientiert. Das sind die Ziele der schleswig-holsteinischen Glücksspielpolitik unter Beteiligung der Freien Demokraten.

Was sind eigentlich die Ziele der sozialdemokratischen Glücksspielpolitik? Ich hoffe doch auch: Jugend- und Spielerschutz, Bekämpfung der Spielsucht und Eindämmung des Schwarzmarktes! Wenn Sie das wollen, und wenn Sie dies ernst meinen, dann müssen Sie zur Kenntnis nehmen, was ausnahmslos alle Fraktionen in diesem Haus, außer Ihnen, erkannt haben: Die Glücksspielregulierung, wie sie derzeit im Glücksspielstaatsvertrag festgelegt ist, ist an der Realität gescheitert! Sie ist grundlegend gescheitert und nicht mehr zu retten. Wem es ernst ist mit den gerade genannten Zielen, erkennt, dass der Systemwechsel zu einem liberalisierten, wirksam kontrollierten Glücksspielmarkt unausweichlich ist.

Diese Erkenntnis eint in diesem Haus FDP, Grüne, SSW und CDU. Wir haben im Koalitionsvertrag klar gemacht, wie unserer Meinung nach der Weg zu effektiverem Spielerschutz und Eindämmung des Schwarz- und Graumarktes aussehen soll. Wir wollen uns dabei an dem früheren Glücksspielgesetz von Schleswig-Holstein orientieren. Beschritten werden soll dieser Weg mit möglichst vielen weiteren Bundesländern zusammen. Dieser Weg, den wir damals mit dem Glücksspielgesetz gegangen waren, war erfolgreich, europarechtskonform und wegweisend. Die SPD wollte diesen Weg aus rein ideologischen Gründen beenden.

In der Glücksspielpolitik agiert und argumentiert die SPD wie andere beim Cannabis: Ein Verbot soll auch dann noch das beste Mittel sein, wenn es sich nicht durchsetzen lässt. Das ist – wenig überraschend – nicht der Ansatz liberaler Politik! Politik beginnt mit der Betrachtung der Wirklichkeit! Und die Wirklichkeit des aktuellen Glücksspielstaatsvertrages, der von manchen Landesregierungen in der Republik noch immer eisern verteidigt wird, ist eindeutig und sollte nicht weiter ignoriert werden. Wir haben in Deutschland inzwischen einen stark wachsenden und milliardenschweren nicht-regulierten Markt. In diesem Markt findet weder staatlich kontrollierter Jugendschutz noch Spielsuchtprävention statt. Trotz der Verbotspolitik des aktuellen Glücksspielstaatsvertrages wächst der nicht-regulierte Markt rasant. Und der Staat steht daneben und sagt: ‚Aber eigentlich ist das doch verboten.‘ Den ‚rechtsfreien Raum‘, den Herr Dr. Stegner in seiner Pressemitteilung Jamaika in die Schuhe schieben will, gibt es wirklich. Er besteht seit vielen Jahren. Er wurde aber nicht von uns, sondern von den Verfechtern der gescheiterten Verbotspolitik befördert. In Zeiten des Internets und der EU funktioniert die alte Verbotspolitik eben nicht mehr.

Wir müssen die Spielerströme in einen legalen und kontrollierten Markt lenken und kanalisieren und den Schwarzmarkt wirkungsvoll bekämpfen. Wir brauchen endlich eine Regulierung, die auch einer europarechtlichen Überprüfung standhält. Die EU-Kommission hat bei dem gescheiterten zweiten Änderungsstaatsvertrag erhebliche Zweifel angemeldet. Erinnern wir uns daran, was die Kommission uns ins Stammbuch geschrieben hat: Die Regulierung muss kohärent – also aus einem Guss und in sich schlüssig – sein. Das muss man hier aber bezweifeln, wenn einerseits Online-Wetten teilweise erlaubt werden, aber andere Online-Spiele pauschal ausgeschlossen sind. Das ist eben nicht aus einem Guss und nicht in sich schlüssig. Genau so wenig ist es kohärent oder systematisch nachvollziehbar, wenn sich ein Glücksspielstaatsvertrag zwar dem Spielerschutz und der Bekämpfung des

Schwarzmarktes verschreibt, aber dann so offensichtlich dabei scheitert, wie es hier der Fall ist.

Es wäre noch viel zu sagen über die fiskalischen und volkswirtschaftlichen Aspekte der Glücksspielregulierung: Über die entgangenen Einnahmen oder auch die Arbeitsplätze, die in einem legalen Glücksspielmarkt geschaffen werden könnten. Aber diese Argumente treten hinter die anderen Erwägungen zurück. Wir haben einen Weg, wie wir Glücksspiel wirksam regulieren, Schwarzmarkt eindämmen und Spielerschutz kontrollieren wollen, beschrieben. Wer diese Ziele teilt, ist herzlich eingeladen mit uns über die nähere Ausgestaltung eines wirksam kontrollierten Glücksspielmarkts zu reden. Die anderen Bundesländer hatten wenige Probleme damit, von den Steuer- und Werbeeinnahmen zu profitieren. Jetzt gilt es, auch gemeinsam Verantwortung zu übernehmen. Aber eines werden wir bestimmt nicht tun: Zu der krachend gescheiterten Verbotspolitik der Sozialdemokratie zurückkehren!“